



N I E D E R S C H R I F T

zu der

Sitzung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Zittau

Donnerstag, den 25.01.2024 17:00 Uhr

Bürgersaal im Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 22:12 Uhr

**Name der/des leitenden Vorsitzenden:
Schriftführer/in:**

Thomas Zenker, Oberbürgermeister
Simone Weichenhain

Anwesend

Vorsitzende/r

Thomas Zenker

AfD-Fraktion

Janine Dölle
Jörg Domsgen
Sabine Fiedler
Frank Figula
Steffen Kern
Andreas Wiesner

ab 17:16 Uhr anwesend

CFG-Fraktion

Matthias Böhm
Dietrich Glaubitz
Oliver Johne
Andreas Mannschott
Gerhard Richert
Thorsten Walkstein

FFF-Fraktion

Jörg Gullus
Prof. Dr. Thomas Kurze
Dietrich Thiele
Wolfgang Wauer

Zkm-Fraktion

Matthias Weber
Ute Wunderlich
Anke Zenker-Hoffmann
Annekathrin Kluttig
Martina Schröter

Die Linke.-Fraktion

Susanne Kapron
Elke Koppatsch

fraktionslos

Winfried Bruns

Ortsbürgermeister

Sven Ehrig
Frank Sieber
Carola Zimmer

Stadtverwaltung

Daniel Brendler bis 20:40 Uhr anwesend

Ines Göhler

Gudrun Grimm

Patricia Hänel bis 21:45 Uhr anwesend

Ralph Höhne

Uwe Kahlert

Birgit Kratzer bis 21:45 Uhr anwesend

Marei Sonntag bis 21:45 Uhr anwesend

Wiepke Steudner bis 21:45 Uhr anwesend

Lukasz Witkow

Dr. Benjamin Zips bis 21:45 Uhr anwesend

Presse

Thomas Christmann Sächsische Zeitung

Gesellschaften

Moritz Dieterich

Uta-Sylke Standke bis 19:00 Uhr anwesend

Anwesende Bürger: 5

Abwesend

CFG-Fraktion

Klaus Reepen privat entschuldigt

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Anträge zur vorläufigen Tagesordnung und Bestätigung
3. Einwände zur Niederschrift der Stadtratssitzung vom 26.10.2023 und 14.12.2023
4. Feststellung über das Ausscheiden des Stadtrates Thomas Zabel aus dem Stadtrat und das Nachrücken einer Ersatzperson 891/2024
5. Verpflichtung Stadtrat Gerhard Richert durch den Oberbürgermeister
6. Bericht des Oberbürgermeisters nach § 52 (5) SächsGemO
7. Beschlusskontrolle
8. Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte
 - 8.1. Stadträtin Fiedler
 - 8.2. Stadtrat Böhm
 - 8.3. Stadtrat Mannschott
 - 8.4. Stadtrat Gullus
 - 8.5. Stadtrat Domsgen
 - 8.6. Stadtrat Thiele
 - 8.7. Stadtrat Prof. Dr. Kurze
9. Beschluss zum Kommunalen Gesamtabschluss - Ausübung des Wahlrechtes nach §88b SächsGemO 877/2023
10. Beschluss zur Entscheidung über die Einwendungen zum Haushalt 2024 der Großen Kreisstadt Zittau 888/2023
11. Beschluss zur Haushaltssatzung der Großen Kreisstadt Zittau für das Haushaltsjahr 2024 sowie der Finanzplanung 887/2023
12. Information zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept
13. Beschluss zur Änderung der Gemeindegrenze im Rahmen des Verfahrens der Ländlichen Neuordnung B178 Nordumgehung Zittau. 881/2023
14. Empfehlung zum Rückbau der Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße im Zuge des Lusatiaweges in Zittau 886/2023
15. gegen 18:00 Uhr Anfragen der BürgerInnen
16. gegen 19:00 Uhr Pause

OB Zenker eröffnet die Sitzung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Zittau und begrüßt alle Anwesenden.

OB Zenker bittet die Anwesenden sich von den Plätzen zu erheben, um eine Gedenkminute für den verstorbenen Stadtratskollegen Herrn Thomas Zabel einzulegen.

Nachträglich zum Geburtstag gratuliert OB Zenker im Namen der Stadtverwaltung und des Stadtrates Herrn Dietrich Glaubitz und Herrn Frank Figula.

1. Tagesordnungspunkt

Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit

Die form- und fristgerechte Ladung ist erfolgt. Hierzu gibt es keinen Widerspruch.

Es sind zu Beginn der Sitzung 23 Stadträtinnen und Stadträte anwesend. Für die heutige Sitzung entschuldigt ist: Stadtrat Reepen. Stadträtin Dölle kommt später.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Stadträtin Koppatsch und Stadtrat Wauer sind für die Unterzeichnung des heutigen Protokolls vorgesehen. Beide geben ihr Einverständnis.

2. Tagesordnungspunkt

Anträge zur vorläufigen Tagesordnung und Bestätigung

Anträge zur Tagesordnung gibt es nicht.

Die Abstimmung erfolgt über die Abstimmgeräte. Mit 23:0:0 ist die Tagesordnung einstimmig bestätigt.

3. Tagesordnungspunkt

Einwände zur Niederschrift der Stadtratssitzung vom 26.10.2023 und 14.12.2023

Einwände zur Niederschrift vom 26.10.2023 gibt es nicht. Es ist somit zur Kenntnis genommen.

Einwände zur Niederschrift vom 14.12.2024 gibt es nicht. Es ist somit zur Kenntnis genommen.

4. Tagesordnungspunkt

Feststellung über das Ausscheiden des Stadtrates Thomas Zabel aus dem Stadtrat und das Nachrücken einer Ersatzperson

Vorlage: 891/2024

OB Zenker nimmt die Erläuterungen vor.

Es besteht kein Diskussionsbedarf. Die Abstimmung erfolgt über die einzelnen Punkte über die Abstimmgeräte. Die Abstimmung erfolgt ohne Herrn Richert.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau fasst folgende Beschlüsse:

1. Es wird festgestellt, dass Herr Thomas Zabel mit Wirkung vom 25.01.2024 aus dem Stadtrat ausgeschieden ist.

Abstimmung:

Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.

2. In den Stadtrat rückt als Ersatzperson Herr Gerhard Richert als Mitglied der Fraktion CFG nach.

Abstimmung:

**Ja 23 Nein 0 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.**

5. Tagesordnungspunkt

Verpflichtung Stadtrat Gerhard Richert durch den Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Zenker bittet, Herrn Stadtrat Richert nach vorn und folgend genannten Text zur Vereidigung nachzusprechen.

„Ich gelobe Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und die gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten. Insbesondere gelobe ich, die Rechte der Großen Kreisstadt Zittau gewissenhaft zu wahren und ihr Wohl und dass ihrer Einwohner nach Kräften zu fördern. So wahr mir Gott helfe.“

Damit ist Herr Richert vereidigt. OB Zenker bedankt sich und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

6. Tagesordnungspunkt

Bericht des Oberbürgermeisters nach § 52 (5) SächsGemO

Stadtrat Gullus bemängelt, dass nach Austritt von Stadtrat Bruns und jetzt fraktionslos, es keine Die Linken-Fraktion mehr gibt. Er bittet um Erklärung.

Stadtrat Prof. Dr. Kurze unterstützt diese Aussage und verweist auf die Geschäftsordnung des Stadtrates der Großen Kreisstadt Zittau, wonach mindestens 3 Stadträt/-innen einer Fraktion angehören müssen.

OB Zenker möchte die Nachfragen i.S. Zusammensetzung und Stärke einer Fraktion von Stadtrat Gullus und Stadtrat Prof. Dr. Kurze durch Frau Göhler beantworten lassen.

Frau Göhler erläutert die aktuelle Situation. Die SächsGemO hat sich letztes Jahr mit der dritten Kommunalrechtsnovelle geändert. Unsere Regelung in der Geschäftsordnung, wo wir entsprechend der damaligen Regelung in der SächsGemO festgeschrieben haben, dass eine Fraktion aus drei Mitgliedern besteht, stammt noch aus der alten Rechtslage. Mit der Änderung der SächsGemO ist dieses Quorum nach unten gesetzt worden, so dass die Mindestanforderungen zwei Stadträte/-innen sein können. Wir können über unsere Geschäftsordnung nicht entscheiden, wie viele Mitglieder eine Fraktion haben darf oder jetzt in dieser Sitzung hat. Das ist quasi etwas Faktisches. Fest steht, es hat sich geändert und entsprechend ist die Fraktion die LINKE mit den zwei noch bestehenden Mitgliedern konform mit der SächsGemO.

Das ist eine Mitteilung des Rechtsamtes der Stadt Zittau und alles Weitere wird in der nächsten Sitzung zu diskutieren sein. Bis zur nächsten Sitzung des Ältestenrates hofft Herr OB Zenker, dass er die Konsequenzen darstellen kann, welche Gremien neu besetzt werden müssen und welche nicht. Allerdings hat dies nicht auf die heutige Stadtratssitzung Einfluss. Im Übrigen auch deshalb, weil Herr Bruns es erst gestern mitgeteilt hat und so schnell kann man nicht umstellen.

Weiter geht es in der Tagesordnung mit dem Bericht des Oberbürgermeisters, der als Anlage zum TOP hinterlegt ist.

7. Tagesordnungspunkt

Beschlusskontrolle

Anfragen oder Hinweise gibt es nicht. Die Beschlusskontrolle ist somit zur Kenntnis genommen.

8. Tagesordnungspunkt

Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

8.1. Tagesordnungspunkt Stadträtin Fiedler

Stadträtin Fiedler fragt die Brücke auf der Schliebenstraße gegenüber des Wohnheims betreffend an, ob sie repariert, saniert oder neu gebaut wird und wann dies passiert.

Herr Höhne bestätigt, dass diese Brücke saniert wird. Die Reparaturen sind für das II. Quartal d.J. geplant.

8.2. Tagesordnungspunkt Stadtrat Böhm

Stadtrat Böhm ist von einem Anwohner der Komturstraße zur Baustelle Brücke über die Schmalspurbahn angesprochen worden. Da ist auf beiden Seiten der Brücke der Gehweg mit einer Baustellenabspernung komplett abgesperrt, bereits im Bereich der Kreuzung Komturstraße/Ecke Theodor-Korselt-Straße und Komturstraße/Ecke Gubenstraße.

Dabei verwies er darauf, dass auf beiden Seiten Anwohner leben und teilweise auch mit Mobilitätsbeeinträchtigung (Rollstuhl etc.). Er bittet um Prüfung für eine bürgerfreundliche Gestaltung. Er möchte wissen, wie lange diese Baustelle noch bestehen bleiben wird?

Herr Höhne muss die Sperrung der Gehwege prüfen. Er bemerkt, wenn er vorab per Email darüber informiert gewesen wäre, hätte er jetzt bereits eine Antwort geben können. Die Baustelle soll Ende II. Quartal d.J. fertig sein.

8.3. Tagesordnungspunkt Stadtrat Mannschott

Stadtrat Mannschott hat folgende Fragen.

- Zum Beschluss über die Teilnahme am Förderprogramm "Common Ground - Über Grenzen mit gestalten" der Robert Bosch Stiftung möchte er wissen, ob Termine für einen Zwischenbericht an den Stadtrat feststehen.
- Zum Beschluss „GrennZitty“ möchte er wissen, wie die nächsten weiteren Schritte geplant sind.
- Er hat in der SZ gelesen, dass die Forsteinrichtungen neu strukturiert werden. Hat dies irgendwelche Auswirkungen, dass wir im Bezirk Neustadt angegliedert sind und wenn ja welche?
- Im Dezember Stadtrat ist eine Etablierung einer Arbeitsgruppe Entwicklung Hirschfelde beschlossen worden. Gibt es dazu Neuerungen oder Ergänzungen Ihrerseits? Ist sie bereits im Laufen?
- Einige Fragen werden in schriftlicher Form i.S. Gerhart-Hauptmann-Theater an OB Zenker übergeben. Gleichzeitig hinterfragt er, ob nicht ein SR-Beschluss für die Baumaßnahme einer Ausweichspielstätte GHT in Görlitz notwendig sei.

OB Zenker antwortet. Zum Thema „Common Ground“ gab es bisher nur kurze Hinweise im OB-Bericht. Zurzeit ist das Projektteam im Saarland, weil dort das Treffen aller Common Ground-Regionen stattfindet. Die Ergebnisse der Befragungen sind in der Auswertung und werden auf der Stadtseite demnächst veröffentlicht. Aktuell kann man noch keinen Zwischenberichtstermin festlegen, weil er noch keine Rücksprache zum Thema genommen hat. Auch vor dem Hintergrund, dies hatte er bereits im Ausschuss angemerkt, dass er vorhat, eine Sondersitzung mit touristischen Belangen durchzuführen. Der Termin muss noch gefunden werden.

Zum Thema „GrennZitty“ ist man aktuell unterwegs, um mögliche Finanzierungen zu besorgen. Parallel ist man in der Vorbereitung, was man alles in eine Machbarkeitsstudie einbringen müsste. Ein wichtiger Aspekt ist dabei auch die Terminwahl, um nicht in Terminkonflikte zu geraten.

Zur Arbeitsgemeinschaft Hirschfelde hat OB Zenker morgen einen Termin mit dem Ortsbürgermeister, um eine Zeitleiste aufzusetzen. Die Pressearbeit anderer, hat nichts mit uns zu tun. Er denkt im Rahmen einer Einwohnerversammlung dieses Thema aufzugreifen und zu diskutieren. Im Übrigen war noch ein Widerspruch zum Beschluss zu bearbeiten. Der Widerspruch ist von der Kommunalaufsicht abschlägig beschieden worden.

Zum Thema Forsteinrichtung wird eine schriftliche Beantwortung erfolgen.

Zum Thema GHT kann er nur sagen, dass dies im Aufsichtsrat thematisiert wurde. Zumindest sind mündliche Informationen gekommen. Er hat auch kritisiert, dass so nicht mit den Aufsichtsräten und Gesellschaftern umgegangen werden kann.

Die Beschlussnotwendigkeit über die Baumaßnahme einer Ausweichspielstätte wird er prüfen lassen.

8.4. Tagesordnungspunkt Stadtrat Gullus

Stadtrat Gullus möchte wissen, wann er die Beantwortung zum technischen Rathaus bekommt. Er wollte wissen, wie der Stand bei der Planung des technischen Rathauses ist.

OB Zenker wird im Rahmen der Haushaltsdiskussion Stellung dazu nehmen und es erläutern.

Seine zweite Frage betrifft unsere Geschäftsordnung und die Bildung und Stärke von Fraktionen. Er kann nicht nachvollziehen, wenn wir hier eine Geschäftsordnung beschlossen haben, kann doch nicht jemand anderes sagen, dass es anders gemacht wird. Er meint, dass nur der Stadtrat eine Anpassung bzw. Ausnahmen beschließen kann. In der neuen SächsGemO steht, dass die Möglichkeit eine Fraktion ab zwei Personen sein könnte, aber nicht, dass es so sein muss. Er meint, dass sich an die Geschäftsordnung gehalten werden muss.

An der Leinwand wird der Langkommentar der Geschäftsordnung der SächsGemO angezeigt, der sich mit der jetzigen Situation beschäftigt. Das ist das Gesetz des Gesetzgebers, wie Kommunen miteinander umgehen. Da kann unsere Geschäftsordnung etwas anderes schreiben. Wir sind gezwungen, die dann anzupassen, erläutert OB Zenker. Wir können nicht mit unserer Gemeindeordnung mehr regeln, als im Gesetz festgelegt ist.

8.5. Tagesordnungspunkt Stadtrat Domsgen

Stadtrat Domsgen ergänzt zur Anfrage von SR Gullus, dass er heute Nachmittag eine Anfrage an die Rechtsaufsicht gestellt hat, in der genau das Thema dargestellt hat. Der Gesetzestext impliziert hier eigentlich eine Vorschrift, die einen Rahmen umfasst, der nach oben offen ist. Beginnend mit zwei Räten, die eine Fraktion bilden können, wenn sie fünf Prozent des Gremiums ausmachen. Dann ist völlig klar formuliert: „*Das Nähere über die Bildung der Fraktionen sowie ihre Rechte und Pflichten innerhalb des Gemeinderats regelt die Gemeinde durch Geschäftsordnung.*“ Er meint und für ihn heißt das, solange wie wir eine unveränderte Geschäftsordnung auch nach der Wirkung vom November 2023 haben, gilt die drei Personengrenzen und das lässt er jetzt durch die Rechtsaufsicht prüfen.

OB Zenker wiederholt, dass es für die heutige Sitzung keinerlei Relevanz hat, sondern erst in Zukunft für die Besetzung von Gremien.

8.6. Tagesordnungspunkt Stadtrat Thiele

Stadtrat Thiele hat bereits Herrn Brendler informiert, dass vor seinem Haus Streugut in Form von Splitt auf dem Fahrradweg zentimeterhoch liegt. Diese Information wurde durch ihn weitergegeben, aber es passiert nichts. Persönlich hat er beim letzten Zusammenkehren viereinhalb Eimer Splitte gekehrt. Er sieht nicht ein, dass er es in seine schwarze Tonne entsorgt. Er bittet um Klärung. Zweitens möchte er seinen Unmut zum Ausdruck über die Länge der letzten Stadtratssitzung Dezember bringen. Er hatte den OB mehrmals gebeten Einfluss drauf zu nehmen, dass nicht soviel diskutiert wird, damit im Anschluss eine schöne und friedliche Weihnachtsfeier stattfindet. Dies war nicht möglich. Er hält es für nicht vernünftig eine gute Weihnachtsfeier erst ab 21:15 Uhr durchzuführen, deshalb hat er seinen persönlichen finanziellen Anteil gespendet.

OB Zenker bedankt sich für die Spende. Er wird eine schriftliche Antwort i.S. Splitt bekommen.

8.7. Tagesordnungspunkt Stadtrat Prof. Dr. Kurze

Stadtrat Prof. Dr. Kurze ist von Bürgern nach dem Bearbeitungsstand der Baustelle beim Kaufland Christian-Keimann-Straße angefragt worden.

OB Zenker wird dies schriftlich beantworten.

9. Tagesordnungspunkt

Beschluss zum Kommunalen Gesamtabschluss - Ausübung des Wahlrechtes nach §88b SächsGemO

Vorlage: 877/2023

Frau Hänel nimmt die Erläuterung der Beschlussvorlage vor.

Es gibt keine Anfragen. Die Abstimmung erfolgt über die Abstimmgeräte.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beschließt, dass mit dem Jahresabschluss 2018 kein konsolidierter Gesamtabschluss aufgestellt wird.

Abstimmung:

**Ja 19 Nein 0 Enthaltung 6
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.**

10. Tagesordnungspunkt

Beschluss zur Entscheidung über die Einwendungen zum Haushalt 2024 der Großen Kreisstadt Zittau

Vorlage: 888/2023

Frau Hänel informiert, dass innerhalb der Frist zwei Einwendungen von zwei Bürger*innen eingebracht worden sind. Der Stadtrat befindet über diese Einwendungen. Die entsprechenden Beschlussvorschläge beinhalten die zwei Einwendungen. Die Inhalte und die dazu gehörigen Stellungnahmen der Fachbereiche sind Anlage zur Beschlussvorlage und werden erläutert.

Die erste Einwendung ist von Herrn Lehmann zum Thema Schwimmhalle Hirschfelde. Er möchte, dass Geldmittel für 2024 bereitgestellt werden, damit ein Konzept für den Weiterbetrieb der Schwimmhalle Hirschfelde erstellt werden kann und die Schwimmhalle auf Minimalbetrieb läuft. Dieses Konzept sollte in Zusammenarbeit von der SBG, Stadtverwaltung und der Interessengemeinschaft Schwimmhalle Hirschfelde entwickelt werden. Hierzu liegt die Stellungnahme der SBG vor, die als Anlage zur Beschlussvorlage hinterlegt ist.

Die zweite Einwendung von Frau Roman zum Thema Kegelbahn Hirschfelde. Sie möchte die Bereitstellung von finanziellen Mittel für 2024 für die Trockenlegung bzw. Innensanierung der Kegelbahn Hirschfelde. Auch hier ist die Stellungnahme vom Fachbereich als Anlage zur Beschlussvorlage hinterlegt.

Frau Hänel berichtet, dass noch eine Ergänzung zur Einwendung Schwimmhalle Hirschfelde von Herrn Lehmann eingegangen ist. Sie beinhaltet keine finanzielle Notwendigkeit. Das heißt, darüber muss nicht abgestimmt werden. Darin sind mehrere Fragen formuliert, welche vom zuständigen Sachbereich bearbeitet und schriftlich beantwortet werden. Im Nachgang werden diese an Herrn Lehmann übermittelt.

Ausdrücklich verweist Frau Hänel darauf, dass, wenn diesen Einwendungen zugestimmt werden sollte, bedarf es sofort einen Deckungsvorschlag, da ansonsten der Haushalt heute nicht beschlossen werden kann. Die Positionen sind in den Ausschüssen vorher informiert und dargestellt worden.

OB Zenker verweist darauf, dass über beide Einwendungen eine getrennte Abstimmung erfolgen muss.

Frau Göhler unterrichtet, dass i.S. Schwimmhalle Hirschfelde bereits ein Beschluss gefasst wurde, dass diese Maßnahme nicht weiter fortgeführt wird. Sie verweist auf die 6 Monatsfrist, woran man gebunden ist und nicht wieder neu bzw. anders beschließen könne. Es besteht hier die Pflicht, möglicherweise Widerspruch einzulegen, falls dieser Einwand so beschlossen wird.

OB Zenker stellt fest, dass es keinen Diskussionsbedarf zum Einwand von Herrn Lehmann gibt. Er stellt diesen zur Abstimmung. Die Abstimmung erfolgt über Abstimmgeräte. Mit 11:14:0 ist der Einwand abgelehnt.

Diskussion zum zweiten Einwand – Frau Roman Kegelbahn Hirschfelde

Stadträtin Fiedler fragt, aus welchem Grund diese Maßnahme nicht durchgeführt wurde, da sie im Investitionsplan 2019/2020 enthalten war.

Herr Höhne erläutert, dass zum Einwand der Haushaltsplan als Anlage anhängt wurde. Es ist mit einer Summe von 100 T€ Eigenanteil verteilt auf zwei Jahre geplant worden und mit einer Einnahme von 100 T€. Die Fördermöglichkeit, die wir uns erhofft haben, stand zu dem Zeitpunkt nicht zur Verfügung und deswegen ist die Maßnahmen nicht durchgeführt worden.

Stadtrat Gullus unterstreicht die Bedeutung der Kegelbahn und meint, dass sie in Ordnung gebracht werden sollte. Vielleicht sollte eine kostengünstigere Variante gesucht werden. Er meint, beim GHT die 1 Mio. € festzusetzen und die übrigen Gelder für beispielsweise diese Kegelbahn mit einzusetzen. Es wäre ein Zeichen von uns als Stadt für den Ortsteil Hirschfelde. Er kann dem Einwand zustimmen.

OB Zenker stellt fest, dass der Deckungsvorschlag, die Kappung bei der Theaterförderung GHT auf 1 Mio. zu setzen, wäre. Er verweist auf die Stellungnahme des Fachamtes. Hier besteht eine eindeutige Vertragslage, die beidseitig zu erfüllen ist.

Stadtrat Walkstein meint und schlägt vor, dass im Zuge der Schließung der Schwimmhalle für die Ortschaft Hirschfelde ein Budget zur Verfügung gestellt werden soll. Wenn sich jetzt der Ortschaftsrat mit den Betreibern der Kegelbahn zusammensetzt, wäre es eine erste Maßnahmen, wo man es verwenden könnte.

OB Zenker ist dabei, allerdings müsste sich jemand dazu bekennen. Zuerst wolle man eine Einwohnerversammlung durchführen, was die Menschen in Hirschfelde überhaupt wollen. Dies würde er nicht für diesen Haushalt als Gegenstand beschließen. Dies wäre für die Zukunft gemeint.

Stadtrat Thiele wird dem zustimmen. Er meint, dass dort etwas passieren muss, auch als Treffpunkt für die Einwohner von Hirschfelde. Er findet es nicht gut auch gegenüber den Bürgern von Hirschfelde. Er gibt den Hinweis, dass man sich die Kegelbahn vorort ansehen sollte, damit man weiß, wovon man spricht.

Stadtrat Gullus stellt den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung.

Stadtrat Prof. Dr. Kurze spricht sich für den Antrag aus.

OB Zenker spricht sich ebenso für den Antrag aus. Dagegen spricht sich niemand aus. Die Abstimmung erfolgt über den Geschäftsordnungsantrag über die Abstimmgeräte. Mit 20:0:5 ist der Antrag erfolgreich.

Stadtrat Wiesner unterstützt als Bürger von Hirschfelde und Drausendorf das Sportcasino mit der Kegelbahn.

OB Zenker spricht sich gegen den Einwand aus.

Stadtrat Mannschott bringt sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass auf Zuruf irgendwelche Entscheidungen hier erzwungen werden sollen oder irgendwelche Dinge gemacht werden sollen. Das, was Herr Walkstein gesagt hat, hält er für sehr vernünftig. Es sollte erst ein Konzept entwickelt werden und da kann auch die Kegelbahn mit drin sein. Nicht eine Hauruckaktion ohne Abstimmung mit anderen Akteuren und Meinungen. Es soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden und da kann alles besprochen werden.

Stadträtin Koppatsch schildert, dass sich die Stadt Zittau klar dazu bekannt hat, dass Hirschfelde für die Entwicklung unterstützt wird, was für die Bürgerinnen und Bürger dort kommen soll. Sie wird dem nicht zustimmen, weil die Perspektive da ist, dass sich die Stadt Zittau bereits verpflichtet hat, Gelder zur Verfügung zu stellen, wenn ein Konzept da, dass zusammen greift.

OB Zenker möchte noch darauf hinweisen, dass der Verein die Anlage komplett kostenfrei nutzt und die Gaststätte ein gewerblicher Betrieb ist.

Es besteht kein Diskussionsbedarf mehr. Die namentliche Abstimmung erfolgt über die Abstimmgeräte.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau entscheidet über die Einwendungen zum Haushalt:

1. Herr Lehmann – Schwimmhalle Hirschfelde

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beschließt die Bereitstellung von Geldmittel für 2024, damit ein Konzept für den Weiterbetrieb der Schwimmhalle Hirschfelde erstellt werden kann und die Schwimmhalle auf Minimalbetrieb läuft.

Dieses Konzept sollte in Zusammenarbeit von der SBG, Stadtverwaltung und der Interessengemeinschaft Schwimmhalle Hirschfelde entwickelt werden.

Mit 11:14:0 ist die Einwendung abgelehnt.

Abstimmung:

Ja 11 Nein 14 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: mehrheitlich abgelehnt.

2. Frau Roman – Kegelbahn Hirschfelde

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beschließt die

Bereitstellung von finanziellen Mittel für 2024 für die Trockenlegung bzw. Innensanierung der Kegelbahn Hirschfelde.

Stimmverhalten der einzelnen Teilnehmer

Nr. | Stimme | Name

1	Nein	Koppatsch
2	Nein	Kapron
3	Ja	Bruns
4	Ja	Gullus
5	Ja	Prof. Kurze
6	Ja	Wauer
7	Ja	Thiele
9	Nein	Johne
10	Nein	Glaubitz
11	Nein	Richert
12	Nein	Walkstein
13	Nein	Mannschott
14	Nein	Böhm
15	Nein	Wunderlich
16	Nein	Zenker-Hoffmann
17	Nein	Kluttig
18	Nein	Schröter
22	Ja	Wiesner
23	Ja	Domsgen
24	Ja	Fiedler
25	Ja	Figula
26	Ja	Dölle
27	Nein	Zenker
28	Nein	Weber
29	Ja	Kern

Abstimmung:

Ja 11 Nein 14 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: mehrheitlich abgelehnt.

11. Tagesordnungspunkt

Beschluss zur Haushaltssatzung der Großen Kreisstadt Zittau für das Haushaltsjahr 2024 sowie der Finanzplanung

Vorlage: 887/2023

Zunächst bedankt sich OB Zenker bei Frau Hänel und ihrem Team für die geleistete Arbeit, dass die Haushaltssatzung 2024 zur Beschlussfassung vorliegt. Langfristig ist die Haushaltssatzung

vorberaten und unter öffentlicher Beteiligung vorbereitet und erarbeitet worden. Besonders freut ihn, dass die Vorlage im Monat Januar ist und spricht nochmals ein großes Dankeschön dafür aus. OB Zenker nimmt die Erläuterungen vor. Strukturell haben wir nicht für einen gigantischen Aufwuchs gesorgt, wie er kürzlich in einer Studie veröffentlicht wurde, dass die öffentlichen Verwaltungen zu schnell wachsen würde. Strukturell sorgt dafür der Gesetzgeber, der uns in verschiedenen Aufgaben tatsächlich mehr belastet, wo an verschiedenen Stellen neue Aufgaben auf uns zukommen, die wir natürlich auch abbilden müssen. Wir versuchen dies natürlich mit einer guten Organisation zu begegnen, an der Stelle ein klare Dank an Dr. Zips und sein Team. Insgesamt in diesem Haushalt haben wir nicht das große Investprogramm, sondern nur was wir gerade so schaffen. Die Faktoren heißen, Finanzen und personelle Ressourcen und beispielsweise bei Baumaßnahmen die Zeitkomponente. Wir haben aus der Vergangenheit eine Großaufgabe angenommen und dass er sehr wohl vorhat, das Projekt technisches Rathaus in die Innenstadt endlich umzusetzen. Aber, wenn Sie sich die finanzielle Belastungen ansehen, die wir zu erledigen haben und dann versuchen, die Größenordnung einzuordnen und wenn Sie es nur von den Volumina einer Feuerwehrawache, einer Hauptwache und vielleicht eines technischen Rathauses betrachten und ineinander ins Verhältnis setzen, dann wissen Sie, dass wir nur in der Lage sind eins dieser Projekte umzusetzen. Und wenn aktuell einige sehr große Straßenvorhaben laufen, dann liegt es daran, dass wir gut mit Fördermitteln gearbeitet haben. Aktuell haben wir im Hochbau nicht die ganz großen Möglichkeiten für Investitionen. Was aber ein Fakt für 2024 ist, der eine große Rolle spielen wird, ist die neue Datenverkabelung im Rathaus.

Für das technische Rathaus möchte OB Zenker einige Punkt nennen, die ihm beschäftigen. Wir haben in der Feuerwehrawache ein Investbedarf, der im Moment vielleicht für die Instandhaltung über das Jahr unterzubringen ist. Nebenan ist das Haus IV, wo sich in der oberen Etage unser Archiv befindet. Das gehört dort nicht hin. Wer baut ein Archiv mit dieser Deckenbelastung in die oberste Etage? Dort müssen wir Abhilfe schaffen. Selbstverständlich haben wir im technischen Rathaus die Situation, die allen hier bekannt ist. Gleichzeitig haben wir das Glück gehabt, dass die ZSG das Tourismuszentrum auf dem Markt gebaut hat, so dass die ehemalige Touristinformation zur Verfügung steht, um in der Verwaltung zu prüfen, wer an welcher Stelle sitzen sollte. Das sind Räume, die in eine große Diskussion gehören, wenn es um ein technisches Rathaus geht. Zwischenzeitlich ist man soweit, dass die gesamte Abteilung des Sozialen sich im Kinder- und Jugendhaus Villa befindet. Es hat schon eine räumliche Entlastung im technischen Rathaus stattgefunden. Wir haben weitere Räumlichkeiten in diesem Gebäude, die zur Verfügung stehen, so dass es sich notwendig macht zu betrachten, was gehört wohin. Er ist sehr froh, dass es da aus verschiedenen Abteilungen Bereitschaft gibt mit darüber nachzudenken, da wir tatsächlich verschiedene Dinge abprüfen müssen. Da gehört auch eine Übersicht, die Kosten- und Folgeabschätzung dazu und das sollte in diesem Jahr seiner Ansicht nach ordentlich anlaufen. Er wird aber nicht binnen kürzester Zeit eine Idealvariante vorlegen können, dazu fühlt er sich nicht in der Lage, weil die Teams, die es vorbereiten müssen sind u.a. diejenigen, die Datenkabel im Rathaus bauen und die Wahlen dieses Jahr durchführen müssen. Insofern hat er hier eine Belastung, die man auch abschätzen muss. Das ist der Grund, warum aktuell im Haushalt i.S. technisches Rathaus noch nichts zu sehen ist. Was als Erstes zu sehen sein wird, sind dargestellte Planungskosten, wenn wir in andere Räumlichkeiten gehen. Wir haben eine Studie zur Situation des sogenannten Rettungszentrums in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse in Kürze erwartet werden. Dann wissen wir auch, ob wir an der Feuerwache in der Franz-Könitzer-Straße festhalten oder ob wir zu einem Neubau tendieren sollten. Dann wissen wir auch, ob wir mit diesen Räumlichkeiten neue Wege gehen oder die bisherigen Wege verbessern und ggf. Abteilungen des technischen Rathauses ergänzen. Das sind die offenen Fragen.

Ansonsten haben wir im Haushalt sehr viele freiwillige Leistungen erhalten. Wir haben eine erhebliche Menge an Schulden in den letzten Jahren getilgt, um handlungsfähig zu werden.

Jetzt übergibt OB Zenker das Wort an Frau Hänel zu den weiteren inhaltlichen Ausführungen zum Haushalt 2024.

Frau Hänel nimmt anhand einer Präsentation die Vorstellung des Haushaltes 2024 vor.

Sie geht dabei auf die Veränderungen nach dem Eckwertebeschluss, auf die Ziele, den zeitlichen Ablauf, die Neuerungen, den aktuellen Stand sowie die wesentlichen Punkte des Haushaltes ein.

Stadtrat Böhm hat eine Rückfrage zum Investitionsprojekt „Straßenbegleitender Radweg zwischen Drei Linden nach Hartau“ und deren Fördermöglichkeit. Er hat sich über die Fördermöglichkeiten informiert. Das angegebene Sonderprogramm läuft 2028 aus.

Herr Höhne beantwortet dies und erläutert, warum dieses Projekt aus der Investitionsplanung herausgenommen wurde. Er bedankt sich für den Hinweis zum Förderprogramm, allerdings wir er keine befriedigende Antwort darauf geben können. Er sieht hier andere Prioritäten in Investbereich.

Stadtrat Prof. Dr. Kurze stellt im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag:

Erstens die Anpassung der Entschädigungssatzung - Erhöhung der Mittel um 25%, anteilig 2024 ab September für die Legislatur 2024 - 2029.

Er begründet es u.a. mit einem Inflationsausgleich, der Wertschätzung für das Ehrenamt. Auch ist die letzte Änderung im Jahr 2019 gewesen.

Zweitens wird der Oberbürgermeister beauftragt bis spätestens April einen Beschlussvorschlag für die geänderte Entschädigungssatzung vorzulegen.

OB Zenker schlägt zum weiteren Verfahren vor, zuerst die Abarbeitung der einzelnen Änderungsanträge, egal wie relevant sie sind, danach allgemeine Diskussion zum Haushalt. Zur Verfahrensweise gibt es Einverständnis.

Stadtrat Mannschott spricht sich gegen den Änderungsantrag aus. Er meint und hält es zum jetzigen Zeitpunkt für nicht richtig, wo Kürzungen im freiwilligen Bereich drin sind. Andererseits fragt er sich, warum überlässt man es nicht der Souveränität des Stadtrates der sich dann neu bildet.

Stadtrat Böhm spricht sich für den Änderungsantrag aus. Er sieht vielleicht auch einen Anreiz für die Kandidatenfindung für die bevorstehende Stadtratswahl. Allgemein findet er, dass die ehrenamtliche Arbeit hier eine größere Wertschätzung erfahren muss.

Stadträtin Kapron spricht sich gegen den Änderungsantrag aus, ebenso ihre Fraktionskollegin. Sie denken, dass es ein völlig falsches Zeichen zur völlig falschen Zeit ist. In Zeiten wo gespart werden muss und Gebühren erhöht werden. Sie werden nicht zustimmen.

Stadtrat Prof. Dr. Kurze begründet, dass es gerade die Absicht ist es durch diesen Stadtrat zu beschließen, ansonsten steht wieder eine negative Mitteilung in der Presse. Um dem aus den Wege zu gehen sind sie der Meinung, dass es dieser Stadtrat beschließen soll und dann beschließen wir es für die Zukunft.

Stadtrat Johne fragt nach der Höhe der Summe.

Frau Hänel berichtet, dass ungefähr geschätzt die Summe halbjährlich bei 36 T€ liegen wird, 72 T€ jährlich und für dieses Jahr anteilig ca. 24 T€.

Stadtrat Glaubitz lehnt den Änderungsantrag ab. In Abwägung dessen was er für wichtig und notwendig erachtet ist diese Sache nicht in oberster Priorität anzusiedeln.

Es besteht kein Diskussionsbedarf zum Änderungsantrag von Stadtrat Prof. Dr. Kurze mehr.

OB Zenker lässt über den Antrag „Änderung der Entschädigungssatzung, Erhöhung der Mittel um 25% ab Legislatur 2024 - 2029 (Anteilig für das Jahr 2024)“ abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt über die Abstimmgeräte. Mit 12:10:3 ist der Antrag angenommen.

Frau Hänel erklärt, diese zusätzliche Ausgabe aus der allgemeinen Verwaltungstätigkeit zu nehmen und unterjährig selbständig zu entscheiden, welche Maßnahmen bzw. die Maßnahmen die in der Regel nicht benötigt werden, zum Ende des Jahres zu entscheiden. Das heißt, alles was zusätzlich an freiwilligen Leistungen kommen könnte, was im Vorfeld besprochen wurde, wenn Geld übrig ist, würde in diesem Fall nicht getan werden. Wir werden es aus der laufenden Verwaltungstätigkeit nehmen.

Stadtrat Johne hat die Bitte, so eine Information vor der Abstimmung zu bekommen. Damit es alle auch wissen, dass es aus der Verwaltung jetzt genommen wird und dafür freiwillige Dinge wegfallen.

Es wird aus Möglichkeiten der Einsparungen finanziert und direkt auf freiwillige delegiert. Dies ist auch schwierig, ergänzt OB Zenker. Wenn dafür kein Deckungsvorschlag kommt, ist die Verwaltung gezwungen einen zu bringen.

Stadtrat Gullus fragt i.S. Kosten des Theaters nach. Er meint, dass eine Deckelung auf 1 Mio. € gesetzt werden sollte. Hierzu bittet er um Erläuterung der freiwilligen Leistungen für das Theater wie sie geplant sind.

Frau Hänel erläutert die Folie i.S. Kulturraum. Es sind keine Kürzungen dargestellt. Das heißt: Die Mehraufwendung in Höhe 139.186,00 € für das Gerhart-Hauptmann-Theater Haushalts-jahr 2024, nicht für Folgejahre, sind geplant. Das setzt sich zusammen aus den Sitzgemeindeanteil Kulturraum Oberlausitz/Niederschlesien sowie

Gesellschafterzuschuss insgesamt 1.010.805,00 € entsprechend
Kreistagsbeschluss 156/2022 und 100.846,30 € zur Deckung des
Finanzierungsdefizits für das Haushaltjahr 2024 eingestellt

Der SR-Beschluss im Dezember beinhaltet die Deckelung für das Jahr 2023. Dann gab es einen weiteren Beschlussbestandteil, der das Jahr 2024 beinhaltet, der aber nicht beschlossen wurden. Es war keine Deckelung für das 2024 beschlossen worden, sondern ein Arbeitsauftrag.

Stadtrat Gullus hatte es im Stadtrat Dezember anders verstanden. Er stellt heute den Änderungsantrag:

Deckelung des Betrages auf 1 Mio. € für das Jahr 2024 und die übrigen Finanzmittel wieder in den Haushalt zurückzuführen.

Er meint, dass diese Mittel beispielsweise für freiwillige Leistungen zur Verfügung gestellt werden. Zur SDG möchte er wissen, wie die 50 T€ durch eine Saisonkraft eingespart werden sollen. Er bittet um Erläuterung. I.S. Personal fragt er, wie viele Stellen noch offen sind oder werden neue zusätzliche besetzt.

OB Zenker möchte zunächst die Fragen beantworten, um danach die Diskussion über den Änderungsantrag zu führen.

Herr Dr. Zips beantwortet die Anfrage i.S. Personal. Der Stellenplan 2024 enthält 5 VZÄ weniger als der letzte Stellenplan 2023. Aktuell sind 8,5 VZÄ (Vollzeitstellen) nicht besetzt. Wir bemühen uns um die Nachbesetzung.

Herr Brendler nimmt zur Einsparung in der SDG kurz Stellung. Im Jahr 2023 sind Leistungskürzungen im Bereich Grünflächen vorgenommen worden. Beispielsweise sind bestimmte Stellen nicht besetzt worden, d.h. beispielsweise ist eine Saisonkraft eingespart worden, für Langzeiterkrankungen nicht immer sofort Ersatz besorgt und bestimmte Dienstleistungen nicht erbracht worden. Für 2024 wollen sie mehr in den Grünflächen tun. Das heißt, sie werden gegenüber der SDG weniger Leistungen beauftragen und die SDG wird im Gegenzug u.a. ihre Saisonkräfte nicht so besetzen wie sonst. In den 50 T€ stecken nicht nur Personalkosten sondern auch Kosten für den Rasenmäher, Benzin usw. drin. Wenn wir weniger Leistungen bringen, haben wir auch weniger Kosten. Wichtig war, die Innenstadtreinigung wieder mit aufzunehmen. Demnächst haben wir einen Kollegen, der regelmäßig in der Innenstadt unterwegs ist, der Hundekot und die Kippen, Müll etc. beseitigt.

Stadträtin Wunderlich berichtet, dass im Dezember ein Beschluss gefasst wurde, dass wir den Oberbürgermeister beauftragt haben, diese Kosten zu prüfen und sie plädiert dafür, dass wir diese Prüfung beibehalten um diesen Beschluss zu folgen. Das heißt, wenn es jetzt im Haushalt so eingestellt ist, bedarf es sowieso noch einmal eines Beschlusses später, dann kann man darüber noch einmal sprechen. Sie wird jetzt hier nicht zustimmen.

OB Zenker ergänzt. Richtig ist, dass wir in der letzten Sitzung über das Jahr 2023 diskutiert haben und darauf verständigt haben über 2024 nicht zu beschließen, weil wir gesagt haben, dass wir es im Haushalt einstellen und mit dem Haushalt darüber beschließen. Er kann sich erinnern und hatte sich damals schon dagegen ausgesprochen, weil eine Kappung in 2024 einer berechneten Summe ist die eine Datengrundlage hat. Die Summe wird erst ausgezahlt, wenn der Stadtrat erneut darüber befindet, aber im Haushalt eingestellt ist. Insofern hält er es für den klareren Weg, weil es auch die Bereitschaft signalisiert, die Gesellschaft weiter zu halten.

Stadtrat Prof. Dr. Kurze fragt noch einmal dazu nach. Das würde jetzt bedeuten, wenn wir diese Summe im Haushalt einstellen, muss der Stadtrat noch einmal beschließen, ob es dann wirklich ausgezahlt wird.

Dies wird kopfnickend bejaht.

Frau Hänel meint, wenn sie dem gegenüber sehr kritisch sind, können sie einen Haushaltsvermerk beschließen lassen, der genau das besagt. Dann ist es ein richtiger Beschlussbestandteil, der zum Haushalt hinzugefügt wird.

Stadträtin Zenker-Hoffmann stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Pause damit sich die Fraktionen über eine Formulierung des Änderungsantrages abstimmen können, der für alle nachvollziehbar ist.

Mehrere Stadträte melden sich für den Antrag. Niemand spricht dagegen.

Man verzichtet auf die Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag und es wird jetzt die reguläre Pause einschließlich einer Auszeit durchgeführt, die die Fraktionen nutzen können, um sich abzustimmen.

Es gibt keinen Widerspruch zur Verfahrensweise.

Die Pause einschließlich Auszeit ist beendet.

OB Zenker fasst die Diskussion zum Änderungsantrag von SR Gullus, für die Fraktion FFF eingebracht, zusammen. Dieser Antrag beinhaltet die Kappung der Zuwendung an das Theater auf 1 Mio.€ und wenn er es richtig verstanden hat, sollen Mehraufwendungen des vorhergehenden Änderungsantrages aus dieser Summe gedeckt werden.

Stadtrat Gullus erläutert das Missverständnis mit seinem Fraktionsvorsitzenden und erklärt, dass nach Rücksprache innerhalb der Fraktion der Änderungsantrag lautet: Kappung und Deckelung auf 1 Mio. € für das Theater

Der Änderungsantrag beinhaltet die Kappung der Zuwendung an das Theater auf 1 Mio.€ im Haushalt 2024, erklärt OB Zenker. Im Gegensatz unserer Darstellung dazu als Stadtverwaltung. Wir haben die beantragte Summe im Haushalt dargestellt und haben die Kappung ebenfalls vorgesehen, allerdings gekoppelt an einen Haushaltsvermerk, der aufgelöst werden kann durch Stadtratsbeschluss nach Berichterstattung der Verhandlungsergebnisse.

Stadtrat Mannschott benötigt keinen Änderungsantrag, wenn die 139 T€ unter Vorbehalt stehen.

Das stimmt so nicht, sie stehen dann im Haushalt als geplant, so OB Zenker. Dies will die Fraktion verhindern.

Stadtrat Glaubitz kann dem nicht zustimmen. Es ist ein Kompromiss erst beschlossen worden. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, 2023 Deckelung und 2024 Handlungsauftrag mit der Maßgabe, dass wir es unter Vorbehalt stellen. Diesen Vorbehalt lehnen sie jetzt ab, in dem grundsätzlich die Deckelung erfolgen soll. Der Kompromiss löst sich damit auf. Das erschließt sich ihm nicht.

OB Zenker kann sich den Aussagen von SR Glaubitz nur anschließen.

Es besteht kein Diskussionsbedarf mehr zum Änderungsantrag und die Abstimmung erfolgt über die Abstimmgeräte. Mit 10:14:1 ist der Antrag abgelehnt.

OBM Ehrig aus Eichgraben hat zwei Bemerkungen zum Haushalt. Er fragt zur Änderung der Entschädigungssatzung nach, ob die gesamte Entschädigungssatzung geändert werden soll oder nur der § 2.

Frau Göhler erklärt, dass aktuell keine Satzung geändert wurde, sondern im Moment sind nur Haushaltsmittel eingestellt. Im Zuge der nächsten Monate muss die Satzung nur für den betreffenden Teil, wofür diese Haushaltsmittel heute besprochen wurden für die Stadträte und nicht für die anderen Punkte angepasst werden. Die 25%ige Erhöhung sollte nur für die Aufwandsentschädigung für die Stadträte stehen. Nur diese Regelung wird dann geändert.

OBM Ehrig stellt fest, dass dann die Ortschaftsräte herausfallen würden. Er macht auf den Radweg in Hartau, der aus der kompletten Investitionsplanung herausgefallen ist, aufmerksam. Er erinnert an den SR-Beschluss wonach eine Planung gemacht werden sollte. Wie sieht es damit aus?

Frau Hänel erläutert, dass es kein extra Beschluss war, sondern ein Änderungsantrag der außerhalb der Haushaltsplanung stattgefunden hat.

Stadtrat Böhm stellt den Änderungsantrag, die Planung für den „Radweg Drei Linden-Hartau“ in diesem Jahr einzustellen. Hierzu hat er sich noch einmal in der Anlage 5 des Eckwertebeschlusses nachgesehen, da ist der Radweg mit einer Summe von 26 T€ im Jahr 2027 eingestellt. Das sind Planungskosten. Er meint aber, dass über den Landes-Fördertopf des Freistaates auch Planungskosten gefördert werden können. Somit ergibt sich bei einer Förderung von 85 % ein Eigenanteil für die Stadt Zittau in Höhe von 3.900 €. Als Deckungsvorschlag schlägt er die Verschiebung der Maßnahme „Ausweichstelle in der Einfamilienhaussiedlung zur Waldsiedlung in Eichgraben“ im Investitionsplan auf Seite 37 vor. Die ist mit 16 T€ eingestellt. Er begründet, dass es sich um eine Maßnahme der Verkehrssicherheit handelt. Als Verkehrsplaner sieht er das überhaupt nicht so. Es handelt sich hier um eine Erschließungsstraße in einer Einfamilienhaussiedlung, wo man den Verkehr abbremsen und beruhigen will. Er bittet den Eigenanteil von 3.900 € in dieses Jahr einzustellen und mit der Planung zu beginnen.

Herr Höhne informiert, dass hier teilweise ein Irrtum vorliegt. Er meint, dass es kaum ein Förderprogramm gibt wo Planungsleistungen nicht förderfähig sind. Das ist durchaus üblich. Was hier aber nicht stimmige Annahme ist, die Planungsleistungen sind förderfähig im Rahmen der Gesamtmaßnahme. D.h. ich löse Planungen aus und bezahle die Planung aus Eigenmitteln zu Hundertprozent. Wenn ich eine Förderung bekomme und die Maßnahme ist umgesetzt, dann sind die Planungsleistungen in der gesamten Fördersumme mit drin. D.h. wir bekommen sie dann zeitversetzt anteilig gefördert. Wenn Planungsleistungen in den Haushalt 2024 einstellt werden sollen, kommen wir mit 3,5 T€ nicht weit. Dann müsste es die gesamte Summe sein.

Stadtrat Böhm erweitert den Deckungsvorschlag um noch eine weitere Maßnahme im Investitionsplan auf Seite 61 die Litfaßsäule vor der Johanniskirche im 2024 eingestellt, diese könnte auch verschoben werden. Dies wären insgesamt dann ca. 20 T€ und würde als Deckungsvorschlag reichen.

OBM Zimmer, Ortsbürgermeisterin von Hartau, ist bewusst, dass es weit größere und wichtigere Baumaßnahmen in der Stadt gibt. Trotzdem möchte sie darauf hinweisen, dass bereits jahrelang es Thema im Stadtrat ist und dass es einen Beschluss zum Radweg gibt. Hier wird über die Planungsmaßnahmen gesprochen. Es ist für 2024 nicht relevant, da er bereits nach 2027 verschoben wurde. Sie bittet darum, den Beschluss nicht zuzustimmen und den Radweg ganz heraus zu nehmen.

Er soll in 2024 geplant werden, so der Änderungsantrag, worüber jetzt diskutiert wird, so OB Zenker.

OBM Ehrig nimmt kurz Stellung und erläutert die Situation vorort zur Ausweiche im Ortsteil Eichgraben, dass sie verkehrssicherheitstechnisch nicht relevant wäre. Er kann der Meinung vom Herrn Böhm nicht zustimmen.

Stadtrat Gullus äußert sich zur Bedeutung des Radweges und zur Sicherheit von Schulkindern. Er stimmt den Antrag von Stadtrat Böhm zu, weil er es als sehr wichtig erachtet.

Stadtrat Domsgen erklärt, dass seine Fraktion auch den Änderungsantrag unterstützen. Zur Finanzierung hätte er folgende Idee. Falls es mit der Gegenfinanzierung noch ein Problem gibt, könnte die Erneuerung der Parkautomaten um ein Jahr verschoben werden und 28 T€ würden zur Verfügung stehen.

Stadtrat Figula würde die Debatte beenden wollen, da er meint, dass sie zu nichts führt. Er könnte sich vorstellen, wenn die Stadt bis 2026 den rechtlichen Rahmen schafft, sprich die Planungsleistungen erbringt und das Material zur Verfügung stellt, dass über eine eigene Initiative zu initiieren, wo man gemeinsam mit Hartauer Einwohnern freiwillig diesen Weg baut. Er würde sich mit dafür einsetzen wollen.

Stadtrat Mannschott sieht seine Bedenken in den Planungskosten und fragt sich, ob es rechtlich überhaupt i.S. einer sorgfältigen Haushaltsführung der Kommune möglich ist.

Stadtrat Prof. Dr. Kurze meint, dass der Antrag von SR Böhm in die richtige Richtung geht, allerdings sieht er die Finanzierungsvorschläge falsch. Wir befinden uns in der Haushaltsdiskussion und da müssen keine Finanzierungsvorschläge kommen. Damit gefährden Sie ihren eigenen Antrag. Er würde empfehlen, die Finanzierungsvorschläge zurückzunehmen und den Antrag zu stellen, darüber abzustimmen.

Stadtrat Wauer meint, den Änderungsantrag zu bereinigen und abzustimmen.

Stadtrat Johne schlägt vor, die Planung für 2025 vorzunehmen. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die Klarheit da, ob es rechtlich funktioniert und ob es eine Förderung gibt.

OB Zenker verweist auf die Ausführungen von Frau Hänel. Sie teilte bereits mit, dass die Planung nach 2027 verschoben wurde, da es leider wichtigere Dinge gibt. Die Diskussion muss aktuell sein, dass der Stadtrat sagt, es ist sehr wichtig und man verschiebt es da oder dorthin. Deckungsvorschläge sind konstruktiver. Um so mehr die Maßnahme nach vorn kommt, müssen andere Maßnahmen aus Ressourcengründen woanders verschoben werden. Der Stadtrat muss sich dazu bekennen, dass dieses Projekt so wichtig ist und andere Projekte zu verschieben.

Frau Hänel beantwortet kurz die Frage von SR Mannschott zu den Planungsleistungen, ob es haushälterisch richtig sei. Zum einen sind andere Maßnahmen drin, wo nur Planungsleistungen drin sind. Haushälterisch müsste man die Folgekosten der Jahre mitdarstellen, was eine sehr hohe Auszahlung an Investitionsmitteln in den Folgejahren mitbringen würde.

Stadtrat Gullus erklärt, wenn Herr Böhm die Deckungsbeiträge im Antrag rausnimmt, könnte er den Antrag zustimmen ansonsten könnte er nicht zustimmen.

Stadtrat Böhm sieht darin einen primitiven Erpressungsversuch. Fachlich hat SR Gullus den Radweg begründet und hat beobachtet, dass wenn Kinder dort langlaufen vom schnellfahrenden Autoverkehr gefährdet sind, um jetzt wird mit der Rücknahme von einem Deckungsvorschlag, wo es um Straßenbau geht, zu erpressen. SR Domsgen sein Deckungsvorschlag gefällt ihm gar nicht, auf die Parkautomaten zu verzichten. Dadurch würden Einnahmen entgehen und die im Haushalt wieder fehlen würden und er hält die Parkraumbewirtschaftung eine sinnvolle Maßnahme den Parkdruck in der Innenstadt zu steuern, auch in umweltfreundliche Verkehrsmittel. Das kommt für ihn nicht in Frage. Deswegen lässt er seinen Änderungsantrag so wie er ihn gestellt hat.

OB Zenker lässt über den Änderungsantrag von Stadtrat Böhm abstimmen. Die Abstimmung erfolgt über die Abstimmgeräte. Mit 5:17:3 ist der Antrag abgelehnt.

Stadträtin Fiedler fragt zu der Prioritätenstufe im Investitionsplan. Dabei geht es um die Goldbachstraße und die Dr.-Friedrich-Straße. Die Goldbachstraße ist sehr hoch eingestuft und warum wird sie dann erst ab 2027 neu gebaut. Was liegen für Gründe vor?

Eine weitere Frage betrifft die Brücke zur Karlstraße. Wie ist die Zufahrt zu den Gärten und Grundstücken dann gewährleistet?

OB Zenker meint i.S. Brücke Karlstraße dieses Thema zurückzustellen, da man noch nicht soweit in der Maßnahme ist. Wie die Umsetzung erfolgt, darüber wird rechtzeitig informiert. Das spielt hier im Haushalt noch keine Rolle.

Herr Höhne berichtet, dass die Dr.-Friedrich-Straße ursprünglich im Haushalt mit geplanten EFRE-Mitteln enthalten war. Das hat nicht funktioniert. Daraufhin ist die Dr.-Friedrich-Straße im Haushaltsentwurf herausgenommen und in Absprache mit der Fachabteilung wieder zurück in den Haushalt und die Goldbachstraße nach hinten geschoben worden. Es ist bekannt, dass auf der Goldbachstraße Probleme bestehen, beispielsweise mit einem Fußgängerüberweg im Bereich des Mandauradweges wird nach einer Lösung gesucht, unabhängig davon losgelöst von den Ausbau der Straße. Die Dr.-Friedrich-Straße ist eine innerstädtische Straße, auch dort gibt es große Probleme. Dort vorort ist eine der größten Grundschulen der Stadt Zittau. Dort besteht ein großes Sicherheitsproblem, welches versucht werden soll, zu ordnen, unabhängig von den schlechten Oberflächenzustand der Straße. Deswegen steht diese Straße wegen der Schule vorn. An der Goldbachstraße wird jetzt schon daran gearbeitet, eine Lösung zu entwickeln, speziell im Bereich des Mandauradweges.

Stadträtin Fiedler kritisiert und bittet, dass es auch so erkennbar sein sollte, wie es hier drin ohne Begründung steht.

Stadtrat Bruns sieht ein Problem in der Haltestelleninfrastruktur. Die Maßnahmen werden immer weiter gedehnt. Die Zeiträume für die Umsetzung nehmen immer mehr zu. Voriges Jahr sind Eigenmittel in Höhe von 350 T€ eingestellt. Für dieses Jahr mussten Maßnahmen aufgrund von nicht zeitgerechter Förderung entsprechend verschoben werden. Dieses Jahr sind nur noch 270 T€ Eigenmittel eingestellt. Für ihn stellt sich die Frage, wie kann es sein, dass die Eigenmittel entsprechend absinken, obwohl Maßnahmen vom Vorjahr in diesen Jahr durchgeführt werden sollen. Er stellt den Antrag, dass die Summe vom Vorjahr in diesen Jahr wiedereingestellt wird. D.h. wieder auf die 350 T€.

Herr Höhne erläutert den Zusammenhang. Es steht jetzt in dem Haushalt so viel Geld, dass wir das bauen können, wofür wir Fördermittelanträge vorliegen haben. Das sind die Fördermittelanträge, die voriges Jahr gestellt wurden, die leider verspätet eingegangen sind. Das Geld, so versichert er, was hier jetzt drinsteht, können wir verbauen und mehr Geld benötigen wir nicht. Sollte mehr Geld eingestellt werden, können wir es nicht verbauen, weil wir zusätzliche Mittel generieren müssten, was uns dieses Jahr nicht gelingen wird.

Stadtrat Prof. Dr. Kurze möchte vorab die Irritationen ausräumen i.S. Entschädigungssatzung ausräumen. Mit diesen Änderungsantrag war insgesamt die Entschädigung gemeint und nicht nur den Stadtrat einschließlich Ortschaftsräte, Friedensrichter etc.

Er stellt zwei Änderungsanträge vom OR Eichgraben

1. Antrag – Budget der Ortschaften Erhöhung um 50 %
Seit 17 Jahren ist das Budget von den Ortschaften nicht erhöht worden ist. Hierbei handelt es sich um eine Summen für alle sieben Ortschaften von ca. 13 T€.

Frau Hänel nimmt dazu Stellung. Das Thema ist bereits ausführlich dargestellt worden. Zum einen sind die Eigenbetriebsleistungen deutlich erhöht worden und die Zusatzleistungen, die für die Ortschaften getan werden, sind extra dargestellt. Der Ansatz der Ortschaften sind keine bestimmten Leistungen, die für bestimmte Sachverhalte da sind, sondern die ausschließlich für freiwillige Leistungen in der Ortschaft genutzt werden. Wenn wir das Ortschaftsbudget so anpassen würden, wie die Einwohner in den Ortschaften sind, müssten wir es reduzieren.

Allerdings macht Frau Hänel darauf aufmerksam, dass viele Reste aus dem Jahr 2023 nach 2024 übertragen sind und sie weiß auch, dass die Ortschaften sehr sorgsam damit umgehen und das Budget nicht ausgeschöpft wird.

OBM Ehrig meint und erläutert das anhand seiner Ortschaft, dass 2790 T€ für die OR Eichgraben i.d.J. geplant sind. Das Budget ist nicht ausgereizt worden. Der Ortschaftsrat hatte beschlossen, dass sie das Geld aufsparen und 1880 € mit ins neue Jahr nehmen, um die marode Treppe auf dem Festplatz sanieren zu können. Vielleicht kann man einen Kompromiss finden und auf 25 % herunter gehen, um auch die Inflation seit 17 Jahren auszugleichen. Sie nehmen das Geld für Instandhaltungen im Ort und weniger um Feiern auszurichten.

OB Zenker nimmt dazu Stellung und macht erneut darauf aufmerksam, dass alles was jetzt ohne Deckungsvorschläge in den Haushalt zusätzlich beschlossen wird, sich gegen das Ergebnis am Ende richtet. Das müssen wir es irgendwo einbauen und das ist eine Frage der Haushaltgenehmigung. Es geht um die Erhöhung des Budget, welches zur freien Verfügung steht. Er findet es löblich, wenn die Ortschaften etwas dafür tun, was die Stadt nicht kann oder verspätet leisten könnten. Er fände es gut, auch im Sinne einer sinnvollen Haushaltsplanung, einen Deckungsvorschlag darunter zu setzen, sonst müssen wir es gegen das Ergebnis am Ende rechnen.

Stadtrat Prof. Dr. Kurze ändert den Änderungsantrag

25 % - Erhöhung der freien Mittel innerhalb des Ortschaftsbudget 2024 analog wie bei der Entschädigungssatzung.

OB Zenker erklärt, dass es sich dann um eine Summe von 6 T€ handelt. Es gibt keinen Deckungsvorschlag dafür.

Es besteht kein Diskussionsbedarf zum Änderungsantrag. Die Abstimmung erfolgt über die Abstimmgeräte. Mit 13:5:7 ist der Antrag angenommen und wird gegen das Ergebnis gerechnet.

2. Änderungsantrag - Gemeindezentrum OT Eichgraben - Verschiebung der Investition "Sanierung des Gemeindezentrums Eichgraben" von 2026 auf 2024
Die Bausubstanz ist sehr schlecht und manche Räume können nicht mehr benutzt werden. 2026 soll ein neues Löschwasserverfahren kommen und da muss die Fahrzeughalle vorbereitet und geeignet sein, dass es gefahrlos eingestellt werden kann.

Herr Höhne nimmt dazu Stellung. Bereits im letzten TVA gab es darüber die Diskussion und auch dort wurde die Situation erläutert. Nach Aussage von Herrn Kahlert, Chef der Feuerwehr, konnte nicht bestätigt werden, dass ein neues Löschfahrzeug kommt. In Abstimmung mit ihm ist man so verblieben, dass, wenn eine Aufstockung der Geräte kommt und dafür Unterstellfläche kurzfristig nötig wird, würden wir im Haushalt reagieren und die Planung ggf.

vorziehen. Bis jetzt ist keine Information erfolgt, sodass für eine neue Fahrzeughalle für ein Löschfahrzeug im Moment kein Bedarf besteht.

Herr Höhne würde an den Prioritäten, so wie sie hier aufgeschrieben sind, festhalten. Der Haushalt ist nach Mitteln und Kapazitäten geplant und die Verwaltung ist auch nur begrenzt leistungsfähig.

OBM Ehrig ergänzt, dass das Fahrzeug im Brandschutzbedarfsplan steht und es könnte 2027/28 kommen. Er schlägt einen Kompromiss vor, es für 2025/26 zu planen um dann rechtzeitig bauen zu können. Er sieht ein, es für dieses Jahr im Haushalt nicht reinzubringen, aber im Zusammenhang mit den Feuerwehrauto wäre es richtig mit entsprechenden Fördermitteln zu untersetzen und gleich etwas Richtiges zu bauen.

Frau Hänel gibt den Hinweis, dass für diesen Änderungsantrag ein Deckungsvorschlag kommen muss.

Stadtrat Thiele stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte zum Änderungsantrag.

Stadtrat Johne möchte den Deckungsvorschlag wissen und ist gegen den Antrag. Dafür spricht sich niemand aus.

OB Zenker lässt über den Geschäftsordnungsantrag Ende der Debatte zum Änderungsantrag Gemeindezentrum Eichgraben. Mit 10:11:1 ist der Antrag abgelehnt.

Stadtrat Prof. Dr. Kurze meint, dass es ihm völlig neu wäre, dass in einer Haushaltsdiskussion Deckungsvorschläge gebracht werden müssten. Dass es angenehm ist, dass sie kommen, kann er nachvollziehen und kann zustimmen. Aber nach Haushaltsrecht: Solange über den Haushalt diskutiert wird, braucht er keine Deckungsvorschläge zu bringen. Herr Ehrig hat ihm gerade signalisiert, dass er mit 2025 einverstanden wäre. Somit könnte dieser Antrag auf 2025 verschoben werden und darüber könnte jetzt abgestimmt werden.

Frau Hänel untersetzt die finanziellen Mittel und informiert darüber, dass, wenn es von 2026 auf 2025 verschoben wird, sich die Planzahl von 2027 nach 2026 verschiebt. Wenn ein Änderungsantrag ohne Deckungsvorschlag erfolgt, ist es so, dass wir dann den entsprechenden Haushalt anpassen müssen. Wir müssen dann als Verwaltung wieder schauen, womit wir es decken können. Daher gab es die Ausschüsse und den Eckwertebeschluss, wo eindeutig gesagt wurde, welche Maßnahmen wichtig sind und welche freiwillig sind. Es war der Wunsch an Sie geäußert worden, was es für Änderungen gibt, um diese vorzeitig einzuplanen.

Es gibt keine Wortmeldung zum Änderungsantrag mehr.

OB Zenker lässt über den Änderungsantrag von Stadtrat Prof. Dr. Kurze –Verschiebung der Investition "Sanierung des Gemeindezentrums Eichgraben" von 2026 auf 2025

Die Abstimmung erfolgt über die Abstimmgeräte. Mit 11:14:0 ist der Antrag abgelehnt.

Stadtrat Bruns stellt den Änderungsantrag auf Einstellung von 350 T€ für barrierefreie Haltestellen für das Jahr 2024.

Her Höhne bezieht sich auf seine Ausführungen, die er bereits zum Thema geäußert hat. Er verspricht, die Liste mit den Namen, welche 18 Haltestellen dieses Jahr gebaut werden, nachzureichen.

Stadtrat Böhm spricht sich gegen den Antrag aus.

Es gibt keine Wortmeldung zum Antrag mehr.

OB Zenker lässt über den Änderungsantrag abstimmen. Die Abstimmung erfolgt über die Abstimmgeräte. Mit 4:15:6 ist der Antrag abgelehnt.

Stadtrat Wauer stellt den Änderungsantrag im Namen seiner Fraktion:

Vorschiebung der Planungsleistung Radweg Hartau in das Jahr 2024.

Sie sehen die Chance sehr groß, dass man Fördermittel für dieses Jahr bekommt und deswegen die Planungsleistungen für das Jahr 2024 noch einzustellen.

OB Zenker stellt fest, dass es ein erneuter Änderungsantrag ohne Deckungsvorschlag ist.

Es gibt keine Wortmeldungen zum Antrag. Die Abstimmung erfolgt über die Abstimmgeräte. Mit 11:13:1 ist der Antrag abgelehnt.

Stadträtin Kapron fragt wie der Sachstand zu den Möglichkeiten der Liveübertragung von Stadtratsitzungen ist. Das ist aus dem letzten Haushalt herausgestrichen worden.

OB Zenker antwortet. Er hält es für dieses Jahr als für nicht umsetzbar und nicht sinnvoll, auch im Blick auf die Ressourcen, die zur Verfügung stehen. Beispielsweise die Allgemeine Verwaltung welche zwei Wahlen und die Organisation des Umbaus im Rathaus (Datenverkabelung)durchzuführen hat. Das wäre eine ziemlich große Zusatzaufgabe, die käme und auch ressourcentechnisch nicht möglich. Es ist angedacht, die gesamte Tontechnik hier im Raum anzupassen einschließlich neuer Verkabelung. Er persönlich ist Unterstützer für die Umsetzung im Jahr 2025.

Es gibt keine Wortmeldungen und Diskussionsbedarf mehr zum Haushalt.

OB Zenker lässt über die Beschlussvorlage abstimmen. Die Abstimmung erfolgt über die Abstimmgeräte.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau beschließt die als Anlage zu diesem Beschluss beigefügte Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 der Großen Kreisstadt Zittau.

Abstimmung:

**Ja 18 Nein 7 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: mehrheitlich beschlossen.**

**12. Tagesordnungspunkt
Information zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept**

OB Zenker informiert, dass bisher aus den Fraktionen wenig Rückmeldungen zum Thema kamen. Deswegen kommt heute diese Information. Frau Mannschott ist gesundheitsbedingt ausgefallen. Herr Moritz Dieterich ist von der Stadtentwicklung Zittau anwesend. Das Stadtentwicklungskonzept wird im Monat Februar und März nochmals auf der Tagesordnung stehen.

Herr Dieterich informiert über Arbeitsstand anhand einer Präsentation zum INSEK. Die Präsentation ist unter den Tagesordnungspunkt hinterlegt.

**13. Tagesordnungspunkt
Beschluss zur Änderung der Gemeindegrenze im Rahmen des Verfahrens der Ländlichen Neuordnung B178 Nordumgehung Zittau.
Vorlage: 881/2023**

OB Zenker nimmt die Erläuterung der Beschlussvorlage vor. Er informiert über die Änderung im Beschlussvorschlag. Streichung des Passus... vorbehaltlich des Einvernehmens der betroffenen Grundstückseigentümer... Das Einvernehmen ist bereits hergestellt.

Es besteht kein Diskussionsbedarf. Die Abstimmung erfolgt über die Abstimmgeräte.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau fasst den Beschluss, der im Rahmen des Verfahrens der Ländlichen Neuordnung B178-Nordumgehung Zittau geplanten Änderung der Gemeindegrenze auf Grundlage der Gemeindegrenzänderungskarte in Verbindung mit dem Flächenverzeichnis (Anlage) zuzustimmen.

Abstimmung:

**Ja 24 Nein 0 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: einstimmig beschlossen.**

Stadtrat Mannschott war zur Abstimmung nicht anwesend.

**14. Tagesordnungspunkt
Empfehlung zum Rückbau der Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße im Zuge des Lusatia-weges in Zittau
Vorlage: 886/2023**

OB Zenker nimmt die Erläuterung der Beschlussvorlage vor. Vorberaten wurde diese bereits im TVA. Der Lageplan sowie ein Positionspapier zur Grenzbrücke unterschrieben von allen drei Bürgermeister des Kleinen Dreiecks sind als zusätzliche Unterlage zur Beschlussvorlage hinterlegt.

Stadtrat Böhm spricht sich gegen den Beschluss aus und äußert seine Bedenken auf die Außenwirkung, eine Grenzbrücke abzureißen. Bereits im TVA hatte er auf das Entwicklungskonzept zwischen Zittau und Liberec hingewiesen, wo diese Brücke als Maßnahme explizit beschlossen wurde. Er unterstreicht die verkehrliche Notwendigkeit dieser Brücke als kürzeste Fußwegverbindung zwischen Zittau und Porajów. Sein Nein zur Beschlussvorlage hat nicht nur eine verkehrliche, sondern auch eine starke symbolische Bedeutung.

OB Zenker ergänzt und informiert, dass die polnische Seite bereits eine Planungsgrundlage vorgelegt hat, die sie persönlich vorstellen möchten. Die Planungsgrundlage beinhaltet eine Planung des Weges vom Dreiländereck bis nach Radomierzyce. Dieses Projekt soll im Stadtrat März vorgestellt werden, wenn es gelingt.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zur Beschlussvorlage. Die Abstimmung erfolgt über die Abstimmgeräte.

Beschluss:

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Zittau empfiehlt den Rückbau der Grenzbrücke über die Lausitzer Neiße im Zuge des Lusatiaweges in Zittau und beauftragt den Oberbürgermeister die notwendigen Schritte einzuleiten.

Abstimmung:

**Ja 24 Nein 1 Enthaltung 0
Der Beschluss ist: mehrheitlich beschlossen.**

**15. Tagesordnungspunkt
18:00 Uhr Anfragen der BürgerInnen**

Herr Hentschel-Thöricht gibt den Hinweis mit der Bitte um Prüfung, dass, wenn man in den Zuschauerplätzen sitzt, die Leinwand sehr schlecht zu sehen ist, weil der Beamer so weit oben ist.

**16. Tagesordnungspunkt
Pause**

Die Pause einschließlich Auszeit findet von 19:40 bis 20:00 Uhr statt.

OB Zenker beendet die Sitzung.

Gez.
Thomas Zenker
Oberbürgermeister

Gez.
Elke Koppatsch
Stadträtin/Stadtrat

Gez.
Wolfgang Wauer
Stadträtin/Stadtrat

Gez.
Simone Weichenhain
Schriftführer/in